

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuland 30 Pf.

Briefpost-Tarifentschädigung.

Der neue Weltpostvertrag, der auf dem vorjährigen Weltkongress in Washington zu Stande gekommen ist, ist dem Reichstage zugegangen. Die Beschlüsse, die in Washington gefasst wurden, haben wir f. z. ausführlich mitgeteilt. Dem Vertrage ist eine Denkschrift beigefügt, in der es u. a. über die anderweitige Regelung der Briefpost-Tarifentschädigung heißt:

„Es waren dem Washingtoner Postkongress zwei Vorschläge unterbreitet worden: der eine von Deutschland, der andere von Österreich-Ungarn. Deutschland hatte bereits in seinem dem konstituierenden Postkongress von Bern im Jahre 1874 vorgelegten Entwurf zu einem allgemeinen Postvertrage die Unentgeltlichkeit des Landtransits, als aus dem leitenden Grundsatze der Einheit des Postgebietes sich ergebend, vorgelegt. Die Verwirklichung war indes damals und auch auf den nachfolgenden Kongressen in Paris, London und Wien wegen der von einigen hervorragenden Transitländern erhobenen Schwierigkeiten und wegen der dringenden Notwendigkeit der sonstigen Ausgestaltung des Verkehrs nicht erreichbar gewesen. Die Verhandlungen hierüber, namentlich auf dem Postkongress in Wien, hatten vielmehr erkennen lassen, daß der Weg der einfachen Vereinfachung der Landtransitgebühren ohne Uebergangsstadium nicht gangbar war. Der deutsche Vorschlag für den Washingtoner Kongress hatte deshalb zunächst nur die Vereinfachung der für den Betrieb so erschwerenden Transitstatistik und die Zahlung von Transitentgeltern, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gebühren für den Landtransit, zum Ziele genommen. Der andere, von Österreich-Ungarn eingebrachte, weniger durchgreifende und die vorhandenen Uebelstände nur theilweise beseitigende Vorschlag wollte den Unterschied im Transitentgelt zwischen Briefen und Drucksachen zu heben und die so gebührenden Sendungen (den offenen Transit) gebührenfrei lassen. Nach schwierigen Verhandlungen und nach Ueberwindung hartnäckigen Widerstandes der von finanzieller Einbuße bedrohten Transitländer ist auf der Basis des deutschen Entwurfs eine Einigung dahin zu Stande gekommen, daß eine allgemeine Transitstatistik bis auf Weiteres nicht mehr stattfinden soll; auf Grund der Gewichtstatistik für 1896, deren Ergebnis noch nicht feststeht, werden sowohl für den Land- wie für den Seetransit Transitentgelte gezahlt werden, die einer allmählichen stufenweisen Herabminderung unterliegen. Dasselbe beträgt beim Landtransit für die Jahre 1899 und 1900 5 v. H., 1901 und 1902 10 v. H. und von 1903 ab 15 v. H. Länder, deren Einnahmen und Ausgaben aus dem Landtransit nach der Statistik von 1896 zusammen den Betrag von 5000 Franken nicht übersteigen, bleiben von der Transitzahlung überhoben. Für den Seetransit sind, soweit bisher 15 v. H. für das Kilogramm Briefe und Postkarten zu zahlen waren, für die Jahre 1899 und 1900 14 v. H., für die Jahre 1901 und 1902 12 v. H. und vom Jahre 1903 ab nur 10 v. H. zu vergüten. Außerdem soll der ermäßigte Seetransit für 5 v. H. für Briefe und Postkarten, 50 Centimes für andere Gegenstände, welcher bisher nur für den Verkehr Europas mit Nordamerika und mit den Mittelmeerländern galt, Anwendung finden auf alle Seebeförderungen von mehr als 300 Seemeilen zwischen zwei Häfen eines Landes oder zwischen den Häfen verschiedener Länder, welche auf eine Entfernung von mehr als 300 bis zu 1600 Seemeilen mittels derselben Dampferlinien stattfinden. In Betreff des Vergütungssatzes für die Seebeförderung auf einer Strecke bis zu 300 Seemeilen tritt eine Abänderung nicht ein.“

Samtliche Abkommen, die auf dem Washingtoner Kongress getroffen wurden, sollen am 1. Januar 1899 in Kraft treten.

Spanien—Amerika.

Das „New-Yorker Bureau“ meldet aus Washington: Die spanische Gesandtschaft veröffentlicht eine Depesche des Generalgouverneurs Blanco, in welcher dieser anzeigt, daß er in Folge der Wiederbestellung der Ruhe in den südlichen Provinzen Andalus sich entschlossen habe, die Vorschriften des Reconcentrados aufzuheben und ihnen zu gestatten, in die Heimat zurückzukehren. Blanco theilt gleichzeitig die Maßnahmen mit, die zur Unterstützung der Reconcentrados getroffen seien.

Zum ersten Male ist übrigens jetzt auf offizieller Weise von einer Vermittlungsaktion europäischer Mächte die Rede. Der französische Botschafter in Washington, Cambon, besuchte den stellvertretenden Staatssekretär Day und erklärte ihm, falls die Vereinigten Staaten irgend einmal glauben sollten, Frankreich könne etwas dazu beitragen, eine schwere Krise zu verhindern und den Frieden zu erhalten, wolle er nicht, daß Frankreich in einer Weise Vermittlungsdienste leisten werde, wie es für beide Mächte annehmbar sei.

Aus Spanien wird noch berichtet: Die äußerste Rechte, die nach dem gestrigen Ministerrath von allen Ministern gewährt wird, scheint anzudeuten, daß die Lösung der Krise zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten im Stillsitzen näher rückt. Es besteht die absolute Unmöglichkeit, den Forderungen, welche die Vereinigten Staaten am Dienstag in der Konferenz zwischen Sagasta und dem General Woodford formuliert haben, nachzugeben.

Ministerpräsident Sagasta erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß Spanien zur Aufrechterhaltung des Friedens bisher alles gethan habe und noch thun werde, was mit der Ehre und dem unversehrten Bestande des Vaterlandes vereinbar sei.

Sagasta hat dem deutschen Botschafter eine entsprechende Entschädigung für die Zerstörung der deutschen Zerstörungsflotte auf Cuba zugesagt. Der Antrag der Vorstellung im künftigen Theater zum Ankauf eines Kriegsschiffes wird ein sehr bedeutender sein. Die Königin bezahlte für eine Loge 10 000 Franken, ein Bauteil wird mit 150 000, ein anderer mit 100 000 Franken bezahlt werden. Die Bank von Spanien zeichnete 500 000 Franken.

Der Pariser „Temps“ meldet aus Madrid,

mehrere Bataillone Infanterie und mehrere Batterien Artillerie erhielten Befehl, sich warcbereit zu machen, um die Garnison auf den kanarischen Inseln zu verstärken.

Prozeß Zola.

Paris, 31. März. Vor dem Kassationshof begann heute Mittag unter Vorsitz des Präsidenten Loew die Prüfung der Nichtigkeitsbeschwerde Zolas gegen das Urteil des Schwurgerichts. Zola war nicht erschienen. Kassationsgerichtsrath Chambard verlas den Bericht über das Gesuch, welches sich auf sieben Beschwerdepunkte stützt. Der Bericht bewegt sich in ausschließlich juristischen Erörterungen und überläßt es dem Kassationshof, die Erheblichkeit der Beschwerdepunkte abzuurtheilen. Der Bericht beantragt, der Gerichtshof möge den von Zola vorgebrachten Beschwerdepunkt anerkennen, daß er nicht von dem Kriegsgericht, gegen das sich seine Verurteilung verfolgte, veröffentlicht worden, sondern von dem Kriegsminister. Der Bericht kommt zu dem Schluß, wenn dieser Beschwerdepunkt als zu Recht bestehend erklärt werde, sei kein Anlaß, die Sache vor eine andere Jury zu verweisen; die Verurteilung werde bestehen bleiben, aber die Strafe werde nicht verbüßt werden müssen. Dieses Ergebnis der Verhandlung werde unbestreitbar den Vorteil haben, der öffentlichen Agitation ein Ende zu machen. Der Bericht-erstattet Chambard beschließt sich auch eingehend mit dem von dem Verteidiger Zolas angeführten zweiten Kassationsgrund, dem zufolge die Verurteilung der Madame Boulangery in geschwinder Weise vorgenommen wurde, da dieselbe nicht aufgefordert worden sei, ohne daß und durch zu sprechen. Chambard erklärte, der Schwurgerichtshof habe in dieser Beziehung thatsächlich den Worten des gemeinen Rechts verfallen. Der Kassationshof werde entscheiden, ob das Schwurgericht hierüber seine Befugnisse überschritten habe. Nach dem Berichtshatter sprach Anwalt Morand, der die einzelnen Punkte der Nichtigkeitsbeschwerde ausführlich begründete. Der Generalstaatsanwalt beantragte die Verwerfung aller Kassationsgründe. Derselbe sprach sehr ruhig. Von Zola sagt er nur, er habe sich vom Wunsch nach Gerechtigkeit zu weit fortziehen lassen. Er bedauert, daß man Männer wie Zola, Girardin und Dreyfus verrathen und wegwerfen von den sogenannten Intellektuellen gesprochen habe, welche der Stolz Frankreichs seien. In seinen Schlussworten spricht der Generalstaatsanwalt von dem Präsidenten des Schwurgerichtshofes Deleorgue und den Verteidigern Laboulaye und Clemenceau; für jeden hat er einige konstante Worte. Er spricht auch von der Armee und von dem wahren Patriotismus und jagt, daß Frankreich, welches 1870 besiegt worden, im Auslieferungsjahr 1900 seine Revanche nehmen werde. Der Kassationshof verwarf die Fällung des Urtheils auf Sonnabend.

Labori wurde im Justizpalast inhaftiert. Der Vorsitzende ließ den Verleider festnehmen, worauf das Publikum Labori eine große Ovation bereite.

Aus dem Reich.

Die Prinzessin Friedrich Karl hat sich, begleitet von ihrem Hofmarschall Kammerherrn Freiherrn von Wangenheim und der Hofdame Gräfin von Büdler, über München nach Italien begeben und gedenkt längeren Aufenthalt in Rom zu nehmen. Nach der Rückkehr aus dem Süden wird die Prinzessin nicht direkt nach Berlin reisen, sondern zunächst den geneigten alljährlichen Besuch in Dessau machen und auf Schloss Wörlitz Wohnung nehmen. Die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage folgenden Glückwunsch überreicht: Euer Durchlaucht! Siebzig Jahre der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses die Ehre, ihre herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage in alter Verehrung auszusprechen. I. A.: Hoherecht. von Gernert. — Heute feiert der Erbauer des Kaiser Wilhelm-Kanals, Herr Geh. Rath Kaasch sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Leider kann der Jubilar das Fest nicht in voller Gesundheit begehen, er muß vielmehr in Folge einer schweren, aber glücklich verlaufenen Operation das Bett hüten. — Der Geheimrat Justizrat Professor Dr. Heinrich Dernburg feiert heute das 25jährige Jubiläum als Ordinarius der Berliner Universität. Seine Veranlassung an die Berliner Hochschule erfolgte vom 1. April 1873 ab, Dernburg trat als Paralelist an die Stelle von Rudolph. — Heute feiert die Berliner „National-Zeitung“ und mit ihr der Redakteur Siegfried Samojch ihr 25jähriges Jubiläum. — Die sächsische Regierung verspricht im Landtage, die konservativen Anträge für das Verbot der Theilnahme von Frauen und Minderjährigen an politischen Vereinigungen und Versammlungen ernst zu erwägen. — Die Stadtverordnetenversammlung in Koblenz lehnte es ab, einen Zuschuß für die National-Hörsäle aus dem Niederwald zu gewähren. — Bischof Redner in Weipol ist an Angenentzündung erkrankt und hat sich mit den Sterbesakramenten versehen lassen. — In der zweiten heftigen Sitzung der Abgeordneten der antisemitischen Abgeordneten Röhler die Aufhebung des Gesetzes, das die Beamten vor politischen Agitationen warnt und im Besonderen gegen die antisemitische Agitation gerichtet zu sein schien. Staatsminister Singer erklärte, den Erlaß nicht zurückziehen zu wollen. Der Ausschuß der Kammer beantragte, an die Regierung das Gesuch zu richten, sich künftighin jedes Einflusses auf die Parteiführung der Beamten zu enthalten. Dieser Antrag ward angenommen. — Am Dienstag vor Ostern tritt in Strassburg eine Konferenz sämtlicher reichsständischen Gymnasial- und Realschuldirektoren zusammen, um über Abänderungen des Lehrplanes der höheren Schulen in Gießhölzungen zu beraten. Es handelt sich hauptsächlich um die Fächer Deutsch, Französisch und Mathematik, und zwar ganz besonders um die Wiederholung im Landeskonskurs hervorgerufene Frage der Gleichrichtung der Reifeprüfung. Die von den einzelnen Lehrerkollegien eingegangenen Berichte haben sich fast einstimmig dahin ausgesprochen, an sämtlichen Schulen dem Deutschen

eine größere Stundenzahl zuzuwenden, dagegen die Stundenzahl des Französischen und der Mathematik zu beschränken. Zur Zeit beträgt die Gesamtzahl der deutschen Stunden in Gymnasien von Ostern bis Prima 20, die der französischen dagegen 24 Stunden. Nur in der Prima stehen 3 deutsche 2 französischen Stunden gegenüber, sonst wird in allen Klassen dem Französischen je eine Stunde mehr gewidmet als der Muttersprache. In Realhöfen überwiegt das Deutsche in Sexta mit einer Stunde, sonst werden in allen Klassen beide Sprachen völlig gleich behandelt. Die Mathematik beansprucht in Gymnasien einschl. Physik und Rechnen 39 und in Oberrealschulen 57 wöchentliche Stunden.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Von dem Großherzog von Baden ist an den Kaiser auf die gestern erwähnte Mitteilung der Abnahme des Flotten-Gesetzes folgende Drohkantate eingelaufen:

„Empfangen meinen tiefgefühlten Dank für die überaus gütige Weise, mit der Du mir die frohe Botschaft des feststehenden Flottengesetzes mittheilst. Du erweist mir eine tief dankbare Anerkennung, indem Du mich der drohenden Marine-Inflation entziehst, ich schätze diesen erneuten Beweis Deiner gütigen Gefinnungen in seinem ganzen Werthe und hoffe noch ferner mich dieses Vertrauensbeweises würdig erweisen zu können. Von ganzem Herzen aber beglückwünsche ich Dich zu dem großen vaterländischen Erfolg, der wesentlich Deiner ausdauernden Fürsorge zu verdanken ist. Ein Erfolg, der dem deutschen Reich eine Weltstellung bereitet, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Dein dankbarer Onkel Friedrich.“

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf, betr. die anderweitige Festsetzung des Gesamtkontingents der Brennerseisenbahnen, in der Form der Reichstagsbeschlüsse die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Antrag der Reichstagsabgeordneten v. Lebekow und Genssen wegen Errichtung eines Standbildes für den hochseligen Kaiser Friedrich, dem Gesetzentwurf betr. die deutsche Flotte, endlich dem Gesetzentwurf für Glas-Bohrungen über die Presse, womit zugleich der Reichstagsbeschluss wegen Einführung des Reichsgesetzes für die Presse in Glas-Bohrungen für erledigt erklärt wurde. Die Reichstagsbeschlüsse über die deutschen Niederlassungen in Tientsin und Peking wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und die Vorlage, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die Paganengesellschaft zu Berlin, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Schließlich wurde über Eingaben Beschluß gefaßt.

Der Reichstag hat in dem gestern zu Ende geführten Abschnitt seiner Tagung zwischen Weimarn und Pflügen eine ganze Reihe von wesentlichen Entwürfen zur Erledigung gebracht. Dazu ist in erster Reihe der Reichshaushalt für das folgende Etatsjahr zu rechnen, der allerdings wohl selten so kurz, wie diesmal, vor dem Beginn des Etatsjahres selbst von der Volksvertretung verabschiedet ist. Mit dem Etat im engen Zusammenhang stand die Flottenvorlage, deren Durchführung vom Reichstage noch auf eine kürzere Dauer beschränkt ist und schließlich eine recht beträchtliche Mehrheit fand. Von den Gesetzen, welche am 1. Januar 1900 mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft treten müssen, sind dem Reichstage diesmal mehrere vorgelegt. Den Entwurf über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hat er bereits unter Dach und Fach gebracht. Es ist zu wünschen, daß die Novellen zur Zivilprozeß- und zur Konturordnung nach Ostern ihre Erledigung finden, da die Einzelstaaten die verschiedensten legislativen und administrativen Maßnahmen in Folge des Bürgerlichen Gesetzbuches zu treffen haben, und es notwendig ist, daß vorher auch sämtliche anderen mit diesem in Zusammenhang stehenden Reichsgesetze fertig gestellt sind. Außer dem genannten Zivilgesetzbuch hat der Reichstag auch dem Entwurf, betreffend die Entschädigung der in Wiederkaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen, seine Zustimmung gegeben und damit eine Frage zum Abschluß gebracht, die ihn schon seit Jahren, zuletzt noch in der über zwei Sessionen hinweggezogenen und doch nicht zu Stande gekommenen Justiznovelle beschäftigt hat. Von außerordentlichem Werthe für unsere überseehenden Verkehrsverhältnisse ist die Annahme der Postdampfer-Jubiläumsnovelle gewesen. Gerade für sie werden alle am überseehenden Handel interessierten Kreise der Nation dem Reichstag Dank wissen. Rechnet man noch in diesen Kreis den Entwurf über die anderweitige Festsetzung des Gesamtkontingents der Brennerseisenbahnen, so wird man erkennen, daß der vom Reichstage in dem gestern abgeschlossenen Abschnitt bewältigte Stoff recht beträchtlich gewesen ist. Von kleineren Vorlagen, die schon vorliegen oder, wie der Nachtragsetz, noch eingebracht werden sollen, abgesehen, wird nach den Osterferien außer den beiden erwähnten Zivilgesetzen hauptsächlich noch die Militärstrafgerichtsordnung fertiggestellt sein.

England.

London, 30. März. Der deutsche Oberst Rogalla von Bieberstein tritt in einem Aufsatze in der „North American Review“ die oft besprochene Frage, ob Rußland Indien erobern könne. Er geht von der Annahme aus, daß die Russen überhaupt nicht auf Erfolg rechnen könnten, wenn sie nicht eine Armee, die mit allem, mit Lebens- und Transportmitteln aus vollständigster Aufhängigkeit bis herat zusammengeführt könnten. Der Oberst meint, daß dies Rußland nicht schwer fallen würde, sobald die jetzt im Bau begriffenen Eisenbahnen vollendet sind. In Afghanistan würde die russische Armee freilich weder Probieren, noch Transportmittel finden, während sie sich jeden Zoll Landes jenseits von Kandahar und Kabul erobern müßte. Welches Heer könnte von Bieberstein schätzt die Zahl auf 100 000 Kämpfer. Da die Russen 50 000 Mann zum Schutze ihrer Verbindungslinien brauchen würden, so würden beide Heere ziemlich gleich stark sein, sobald das angrenzende in Pishin, im Kabul-Paß und den Schal-Gardinen auf den Weg der Russen. Der „Globe“ meint, daß diese Schätzung doch nicht ganz richtig sei. Wenn es fünf Monate

banern würde, die russische Armee bei Herat zusammenzuziehen, wie Oberst von Bieberstein meint, so könnte die indische Regierung die Zahl der eingeborenen Truppen auf das Doppelte bringen, während es keine Schwierigkeiten bereiten würde, auch das britische Kontingent ganz erheblich zu vermehren. Der „Globe“ zweifelt deshalb, ob die Russen jemals über die erste indische Verteidigungslinie hinauskommen würden, selbst wenn die Afghanen nicht mitmachten.

National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft.

Die Stettiner National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft hat ihren 26. Geschäftsbericht für das Verwaltungsjahr 1897 veröffentlicht, welcher mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse der Gesellschaft größeres Interesse hat. Derselbe ist folgendes zu entnehmen:

„In dem Berichtsjahre 1897 sind in der Zusammenfassung der Geschäftsorgane wesentliche Veränderungen eingetreten. Zunächst legte in der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. April der genannte Aufsichtsrath, bestehend aus den Herren Graf Arnim-Schlagenthin, Brauer, Reichert, Meyer, Rittergutsbesitzer Hempel, Dekonometraß, Bormann, Rittergutsbesitzer Vornhard, Druckereibesitzer Schulte, sein Amt nieder, und es wurden in der darauf folgenden Neuwahl die fünf erstgenannten Herren wieder- und die Herren Rittergutsbesitzer v. Gatzinski auf Bruchnolke, Rittergutsbesitzer v. Dewitz-Krebs in Poppel, Rittergutsbesitzer Fischer auf Noppow, Rechtsanwalt J. Langowski in Stettin, Kaufmann J. Treubenberg in Stettin neugewählt. Herr v. Gatzinski hat bald darauf auf die Ausübung seines Amtes verzichtet. Ferner ist der frühere Vorstand, bestehend aus den Herren Uhlhaff, Thym und v. Wilmshausen im Laufe des Berichtsjahres aus dem Amt geschieden, es sind an seiner Stelle die Herren Manger, Berger und Gupel neu eingetreten. Nach den Erörterungen in der Generalversammlung mußte der neue Vorstand seine Hauptaufgabe darin erblicken, die gesamten Verhältnisse der Gesellschaft einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. Diese darf als eine unparteiische angesehen werden, da die neuen Direktoren keinerlei Interesse daran haben konnten, etwaige Mängel der früheren Geschäftsleitung zu beschönigen oder eine ungünstige Lage der einzelnen Verwaltungszweige zu verharmlichen.“

Der weitere Betrieb von Pfandbriefen, sowie der Neuzugewinn von Hypotheken wurde alsbald eingestellt. Leider müssen wir zugeben, daß die eingehenden Prüfungen nicht ohne Resultate geblieben haben, als wir selbst in der letzten Jahresberichts- und Bilanz vermuthen konnten. Zunächst mußte der gänzliche Mangel eines Betriebsfonds konstatiert werden. Der in Effekten angelegte Reservefonds war auf Veranordnung der Regierung dem Geschäftsbetrieb entzogen, während mehr als die Hälfte der Kapitalanlagen der Genossenschaft — 666 000 Mk. — in einer Aktiv-Position, den sogenannten „hypothekarisch gesicherten Tilgungsraten“, d. h. einer Summe von 855 000 zukünftigen Einnahmen, welche im Voraus als Gewinn verteilt waren, festgelegt war. Andererseits sind Abrechnungen auf drohende Verluste und die Bildung erforderlicher Reserven nur in ungenügender Höhe vorgenommen. Allerdings standen auch die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes von 1889 der Bildung eines größeren Geschäftskapitals hinderlich entgegen. Während vor 1889 ein Genosse mehrere Anteile besitzen durfte und der Kontrahent eines größeren Darlehens verpflichtet werden konnte, auch eine größere Anzahl von Anteilen zu erwerben, ist dies nach der geltenden Gesetzgebung ausgeschlossen. Auf der anderen Seite erschien es als unzulässig, bei der großen Anzahl kleiner Darlehens die Anteile höher als 600 Mk. zu bemessen. Sodann war die Genossenschaft in den Besitz von Grundstücken im Buchwerthe von über 3 Millionen gelangt, welche nicht nur keine Erträge brachten, sondern zum Theile erhebliche Aufwendungen erforderten.

Das Verabgehen der früher hohen Zinsrenten war veranlaßt einerseits durch das Drängen der schwer belasteten Schuldner, welche zum großen Theil nicht mehr im Stande waren, die hohen Zinsen aufzubringen, andererseits durch die Prämie vorgenommenen Konvertierungen der Darlehens, denen gegenüber nicht die entsprechende Anzahl hochverzinslicher Pfandbriefe getilgt werden konnte. Eine schwere Belastung für die Genossenschaft bilden die noch in Höhe von ca. 23 1/2 Millionen Mark im Umlauf befindlichen 4 1/2 Prozent rufbaren 4 1/2 Prozentigen und 4 Prozentigen Pfandbriefe, weil — abgesehen von deren hohen Verzinsung — zur Tilgung der 4 Prozentigen Zuschläge keinerlei Fonds angesammelt sind.

Besonders schwierig gestaltete sich die Prüfung der Verhältnisse selbst, unter diesen wiederum diejenigen der ländlichen. Soweit aus dem Alten noch festgestellt werden konnte, hat die Gesellschaft von 812 Objekten 46 Versteigungen, also etwas mehr als jedes 7. Gut schon einmal im eigenen Besitz gehabt, ungerichtet die unter dem Immobilien-Besitz verzeichneten 7 Güter.

Der Mangel an genügenden Reserven und Jahresgewinnen ließ den früheren Vorstand zu dem verheerenden Ausverkaufsmittel greifen, die durch Subhastation in den Besitz der Gesellschaft gelangten Objekte an nicht genügend bemittelte Käufer zu hohen Preisen und Bedingungen abzugeben, welche in vielen Fällen in kurzer Zeit einen Wiedererwerb und erneute Verluste zur Folge haben mußten. Um die Wiedererwerbe, sich oft ins Ungemessene steigender Verluste zu vermeiden, mußte mit dem bisherigen Verfahren gebrochen werden. Die jetzige Verwaltung wird darauf bedacht sein, die der Gesellschaft gehörigen oder noch in deren Besitz gelangenden Objekte baldmöglichst zu verkaufen und mit erheblichem Verlust, jedoch nur bei hinreichenden Ansparungen wieder zu veräußern.

Die ursprünglichen Verleihen sind durch schrittweise innerhalb der statutarischen Verleihenbegrenzen gewährt worden; sie erscheinen jedoch heute vielfach zu hoch unter Berücksichtigung der seit Jahren rückläufigen Konjunktur in den landwirtschaftlichen Verhältnissen. Ob die Reserve von 2 Millionen Mark, welche wir als die minimalste für unbedingt erforderlich halten,

ausreichen wird, um alle Verluste zu decken, wird von der Entwicklung der allgemeinen Verhältnisse der Landwirtschaft und in vielen Fällen von der persönlichen Tüchtigkeit oder Unfähigkeit des jedesmaligen Eigentümers der betreffenden Verleihen abhängen.

Auf Anregung der Staatsaufsichtsbehörde ist durch ein anderes Bodenkredit-Institut eine Prüfung unserer sämtlichen Verleihen vorgenommen worden, welche event. zu einer Uebernahme derselben führen sollte. Eine solche ist indes nicht erreicht worden. Leider ist uns eine Einsicht in die Details dieser Prüfung, welche auf unsere Kosten erfolgte, verweigert worden. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß jenes Institut die Qualität unserer ländlichen Verleihen als eine über Erwarten schlechte bezeichnet hat.

Der Nominalbetrag unserer Hypotheken beläuft sich auf 40 764 861,50 Mark. Davon sind in Abzug zu bringen: a) die noch nicht zur Auszahlung gelangten Voreinträgen von 347 666,90 Mark, b) der Amortisationsfonds mit 579 895,73 Mark, macht zusammen 927 565,63 Mark. Es verbleibt reiner Hypotheken-Bestand 39 837 245,87 Mark. Derselbe steht ein Pfandbrief-Umlauf von 43 274 800 Mark gegenüber, er übersteigt mithin den Hypotheken-Bestand um 3 437 554,13 Mark.

Die vorgetragenen Umstände haben die schon früher wiederholt und auch jetzt aufs neue angelegten Verleihen, eine Aktiengesellschaft zur Uebernahme der Geschäfte zu begründen, stets zum Scheitern gebracht. Dazu beigetragen hat auch die Unmöglichkeit, die Genossenschaft in Liquidation treten zu lassen, da im Falle einer solchen das im Laufe von noch durchschnittlich 44 Jahren aufzubringende Pfandbriefs-Agio von ca. 2 300 000 Mark schon allein eine Unterbilanz verursacht hätte, deren Folge gemäß der gesetzlichen Bestimmung der Konkurs sein würde. Auch eine Fortführung der Geschäfte unter den bestehenden Verhältnissen erscheint demnach unmöglich. Angesichts des Mehrwerts der Pfandbriefe von 3 1/2 Millionen gegenüber den zinstragenden Hypotheken, angesichts der Tatsache, daß das jährliche Defizit immer mehr wachsen muß, sowie ferner der Thatsache, daß die hauptsächlichsten Genossen zum Theile aus der Zinszahl repräsentiert, wird der Zeitpunkt nicht fern sein, an welchem ein Zusammenbruch der Genossenschaft erfolgen dürfte. Ein Ausweg läßt sich nur finden, wenn ein rechtzeitiges Nachgeben der Beteiligten in dem Sinne erreicht wird, daß die Pfandbriefbesitzer in eine Verabreichung der den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechenden Zinsen der Pfandbriefe willigen, dagegen die Genossen durch Erhöhung der Geschäftsanteile die Bonität des Hypothekenstandes verfesten.

Das Verlangen der Pfandbriefbesitzer, daß ihnen nicht allein alle Verluste zugemuthet werden dürften, hatten wir für gerechtfertigt. Allerdings fehlt es den Pfandbriefbesitzern nach der bestehenden Gesetzgebung an einem Mittel gegen den Willen der Generalversammlung der Genossen diese zu Opfern, d. h. zur Zahlung von Nachschüssen zu zwingen. Die interessierenden Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 lauten: § 115: „Sobald sich bei der Liquidationsführung ergibt, daß das Vermögen der Genossenschaft einschließlich des Reservefonds und der Geschäftsguthaben zur Deckung der Schulden nicht ausreicht, hat der Vorstand die General-Versammlung zur Beschlußfassung, ob die Genossenschaft aufgelöst werden soll, zu berufen“; und § 91: „Das Konkursverfahren findet im Falle der Zahlungsunfähigkeit, nach Auflösung der Genossenschaft auch im Falle der Ueberforderung statt.“ Zahlungsunfähigkeit und Ueberforderung sind nicht gleich bedeutend.

Die Bilanz von 1897 stellt eine Ueberforderung von 3 312 602,69 Mark fest. Zahlungsunfähigkeit kann aber noch auf eine Reihe von Jahren vermieden werden. Nur wenn sich eine Generalversammlung finden sollte, welche die Liquidation beschließt, muß die Eröffnung des Konkurses erfolgen; dann werden aber auch alle Konsequenzen aus der unbefristeten Verpflichtung der Genossen gezogen werden. Die Abwicklung eines solchen Konkurses dürfte Menschenalter in Anspruch nehmen. Bei Verwerfung der Aktiva durch den Konkursverwalter werden unabsehbare Verluste entfallen. Viele Genossen sind nicht in der Lage, nennenswerte Zuschüsse zu leisten, da die meisten Genossen als Hypotheken-Schuldner der Gesellschaft durch hohe Zinszahlungen bereits erheblich belastet sind. Die Durchführung des Konkurses würde einerseits den wirtschaftlichen Ruin einer großen Anzahl von Existenzen zur notwendigen Folge haben, andererseits würden die Pfandbriefbesitzer jahrelang auf Zinsentragnisse verzichten müssen, die Pfandbriefe selbst ein schwer realisierbarer Rest von unbestimmtem Werth bleiben, an dem schließlich doch noch Kapitalverluste eintreten würden.

Um die drohenden Gefahren eines Konkurses abzuwenden, wollen wir der am 23. April d. J. stattfindenden General-Versammlung den Vorschlag unterbreiten, daß sowohl die Genossen als auch die Pfandbriefbesitzer zur Deckung der Unterbilanz möglichst gleichmäßig beitragen und zwar Erstere durch Erhöhung der Geschäftsanteile, Letztere durch Erlasse an Zuschlägen und Zinsen. Falls unsere Vorschläge in der Generalversammlung Annahme finden, werden wir die Details und einen Plan für Konvertierung der Pfandbriefe baldmöglichst veröffentlichen.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. April. Der Patriotische Krieger-Verein hat ein Glückwunsch-Telegramm an den Ehrenvorsitzenden des Vereins, Seine Durchlaucht Fürstin von Bismarck in Friedrichsruh zu seinem Geburtstage gefaßt und hielt eine Feier des Tages im Vereinslokale „Bismarck“ ab.

Der pensionirte Postbeamte Wittenhagen aus Finkenwalde, welcher hier heute seine Pension erhoben hatte, wurde, als er die Heimreise weiter antreten wollte, vor dem Bahnhof von einem Schlaganfall betroffen und verstarb auf der Stelle.

Dem Lehrer Schüttemann in Köslin ist der Adler der Inhaber des Hohenzollern'schen Hausordens verliehen worden.

Die färfere Ueberwachung des Eisenbahnbetriebes hat ein Gesetz des Reichstages vom 24. d. zum Gegenstande, der namentlich auf genaue Beachtung und Bedienung der Halte- und Abfahrts-Signale dringt.

Der kgl. Musikdirektor Reichardt, Organist der Hamburger Nikolaiskirche, wird einem Ruf als Universitätsmusikdirektor nach Greifswald Folge leisten.

Vom preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist angeordnet worden, daß sämtliche einheimische Handwerkschulen, in erster Linie aber diejenigen, welche während der letzten fünf Jahre Pflanzen aus Amerika bezogen haben, auf das Vorkommen der San-Josef-Schilke untersucht werden. In diesem Zwecke werden von den Verwaltungsbehörden Sachverständige bestellt werden, denen die Aufträge zur Untersuchung erteilt und die mit der nötigen Befugnis ausgestattet werden sollen. Es würde natürlich die Untersuchungsarbeit erleichtert, wenn die betreffenden Handwerkschulen den zuständigen Stellen freiwillig mitteilen würden, ob sie in den letzten 5 Jahren Gewächse aus Amerika bezogen und ob sie verdächtige Erscheinungen in ihren Pflanzungen bemerkt haben.

In Zülchow wird mit dem heutigen Tage auf die Dauer von zwei Jahren eine Grundsteuer-Ordnung eingeführt, welcher der gemeine Werth der steuerpflichtigen Grundstücke zu Grunde gelegt wird; die Steuer beträgt 2 Mark von jedem Tausend.

Ueber das im Kreise Raudow belegene Gut Madrense ist am 24. März 1898 die landgerichtliche Zwangsverwaltung eingeleitet. Zum Gutskurator ist der Landrats-Guts-Deputierte des Kreises Raudow, kgl. Kammerherr von der Osten auf Schloß Penkun, ernannt, und zum Verwalter der Inspektion Hermann Rolke zu Madrense bestellt.

Am Sonntag Abend gastirt Herr Dr. Schirmer im Stadttheater als „Kenta“ in „Mofers“ „Bureaufant“.

Am Montag geht im Bellevue-Theater als vollständige Vorstellung „Uriei Acofia“ mit Herrn Dr. Rejmann in der Titelrolle in Scene, die Rolle der „Judith“ spielt Fr. Bonnes.

Sonabend und Sonntag finden im Saale der „Philharmonie“ die letzten Vorführungen der lebenden Photographien statt. Wer diese interessanten Bilder noch nicht gesehen hat, dem empfehlen wir unter Hinweis auf das betr. Inserat den Besuch derselben.

Die Konfektionsfirma Moritz Markus u. Co. beging heute die Feier ihres 25jährigen Geschäftsjubiläums, aus welchem Anlaß die Verkaufsräume in der Schulzenstraße ein festliches Gewand angelegt hatten.

Wegen eines Schornsteinbrandes wurde heute Vormittag um 11 Uhr die Feuerwehre nach der Bergstraße gerufen.

Einem in den Zentralhallen beschäftigten Arbeiter wurde dort aus der Garderobe ein ganz neues Kleid entwendet.

Verhaftet wurde hier der von Bromberg wegen Diebstahls Redirektisch verfolgte Raubmörder Otto Nahn.

Seit dem Januar wurde die unberechnete Auguste Pappe aus Nipperweide vermisst, sie war nach Stettin zu Besuch gekommen und hatte sich eines Abends nach der Oberwelt begeben, um ihren Bräutigam von einem dort liegenden Kahn abzuholen. Das Mädchen war dann nicht wieder nach Hause gekommen und auch auf dem Kahn war sie nicht gesehen worden, man vermuthete gleich einen Unglücksfall und diese Annahme hat sich jetzt bestätigt, da man gestern die Leiche der P. beim Salzpeicher in der Oder treibend fand.

Am 30. März veranstaltete die Ortsgruppe Stettin des Vereins für Förderung des Deutthums in den Osmarken eine Versammlung. Nach Erledigung einer Reihe von geschäftlichen Angelegenheiten hielt Herr Oberlehrer Timm einen Vortrag über das Thema „Die Polen in deutschen Liedern“. Der Vortragende führte etwa Folgendes aus: Die Vorliebe für das Fremde, die den Deutschen oft zum Vorwurf gemacht wird, ist unserer Dichtung im Allgemeinen nicht zum Nachtheil geworden. Unsere Dichter haben uns Gestalten geschaffen, die ihrer fremden Nationalität entfremdet, als allgemein menschliche Typen gelten können. Die deutschen Dichter von Volkenliedern aber verfolgten absichtlich politische Zwecke in erster Linie nicht. Seit 1826 waren die polnischen Lieder von Ludw. Rossmann, dem einzigen großen Manne, den Polen in den letzten Jahrhunderten hervorgebracht, in aller Munde. Das bekannte „Sonderst du mein Schicksal zu hören“, „Denkst du daran, mein tapferer Krieger?“ stammen aus dem kindlich rührenden Singlied „Polen's vom alten Feldherrn“. Seit 1830 wurde durch die von Paris aus angeregte polnische Erhebung die Sympathie des liberalen Westeuropas für die alte polnische Republik lebhaft angefaßt. Galt doch — ein schlagender Beweis für die Unreife des politischen Urtheils — seit Rousseau Polen als das ideale Land der Freiheit, von der in Wahrheit die polnischen Vauern die deutlichsten Spuren auf dem Wägen trugen. Als nun während dieser vermeintlichen Freiheit traten die bedeutendsten deutschen Dichter auf, zuerst und am feurigsten der romantische Dichter in einem Jähzorn von 14 Liedern; seine politische Unwissenheit erblickt aus seinem Glauben an einen Bund von „Polen und seinen Feinden“ mit dem Jaren. Seinen Vätern folgt Julius Moser mit dem Liede von „Von den letzten Rehen vom vierten Regiment“, das bei ihm den affektirten Schwur thut: Wir greifen nur mit Wagnissen an! In Wirklichkeit desertirt nicht zehn, sondern 1800 über die preussische Grenze und betrogen sich nachher wenig selbsthaft. In übertriebener Romantik besingt Lenau die Jersfabren „oder“ Polen — edel sind sie bei diesen Dichtern alle —, die in duldender Sehnsucht des Tages warten, da die Menschheit Polen befreien wird. W. Badernagel beklagt in rührendem Liede Polens Untergang. Karl Beck gar vergleicht Polen mit dem gekreuzigten Heiland, an dem die Heiden stumm vorbeigehen. Polen ruft die Deutschen zu Mäthern des Freies auf, Robert Prutz und er prophezeiten uns Polens Schicksal und übergriffen die preussische Regierung mit Hohn. Nur vereinzelt bricht die Erkenntnis durch (Weg, Anst. Grün), daß Polens unauferrothbarer Nationalfehler, die Uneinigkeit, die eigentliche Ursache seines Falles war. Der einzige Dichter, der Polens politische Vernichtung fordert, ist Fr. v. Schlegelmann, einst neben Arndt und Börner wegen seiner Vaterlandsliebe gepriesen, damals wegen der gleichen Gefühlsregung in seinen antipolnischen Oden verlegt und verdöhnt. Seine übergriffen im trübsinnigen Gegenstande seinen Auslassungen in Prosa in seinen klassischen Epitaphen vom Krapplins und Walschlappst das verlogene Selbstbildnis der polnischen Emigration in Paris mit gerechtem Spott. Seinen belächelten Witz forderte 1880 polnische Kreise geradezu heraus, aber ist des bestimmte zu diesem Liede auch der Geist des

Widerstands gegen das unwahre Pathos der deutschen Dichter und wohl auch seine Feindschaft gegen Polen. — Die Wirkung der deutschen Volkenlieder war geradezu verhängnisvoll. Sie befehligen, von historisch ganz falschen Vorstellungen geleitet, die anmaßende polnische Propaganda und machen Polens Sache auch in Deutschland populär. Polenschwärmer der Süddeutschen erweiterte die Klust zwischen Nord und Süd. Für Polens Freiheit glaubte mancher Schwärmer auf den Barrikaden Berlins zu kämpfen. Erst die unermesslichen Grausamkeiten der polnischen Insurgenten öffneten 1848 vielen die Augen über diese „Polen“. Nur ganz vereinzelt und wenig beachtet erklingt 1875 Freiligraths Ruf: Amerika und Polen, das ist der Freiheit jüngstes Feldgeschrei! Unentschieden aber bleibt es, daß deutsche Dichter um einer fremden Nation willen, die diese Sympathie weniger als jede andere verdiente, die eigenen Fürsten, ihr eigenes Volk verhöhnten und verleumdeten und durch ihre Lieder Hoffnungen in den Polen nährten, die nur auf Kosten unseres Vaterlandes erfüllt werden können.

Aus den Provinzen.

Stralsund, 31. März. Zur Deckung des Bedarfs im Etatsjahre 1898—99 werden hierher 135 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer, 175 Prozent zu den Realsteuern und 100 Prozent zur Betriebssteuer erhoben.

Greifswald, 31. März. In Ehren des Reichstagspräsidenten Herrn Fleischmann, der mit dem heutigen Tage in den Aufbruch tritt, fand im Hotel Ripe ein Festessen statt, zu welchem auch der Herr Regierungspräsident v. Sommerfeld erschienen war, welcher Herrn Fleischmann seine Ernennung zum Reichstagspräsidenten überreichte. Herr Landrath Dr. v. Thadden übergab ein Bild des Kaisers, welches Sr. Majestät für Herrn Fleischmann bestimmt, und auf welche eine Widmung angebracht war, die auf die langjährige treue Dienstzeit des Geehrten Bezug hatte.

Köslin, 1. April. Am heutigen Tage feierten der Seminarlehrer Grabe und der städtische Lehrer Schwerdtfeger ihr 25jähriges Jubiläum.

Gerichtszeitung.

Athen, 31. März. Der Prozeß gegen Kardagi und Giorgis begann heute Vormittag unter großem Andrang des Publikums. Die Anklage führt die Vorstrafen Kardagis an und erachtet Giorgis als passives Werkzeug in den Händen Kardagis. Nachdem die Anklage der Prinzessin Marie vorgelesen war, wurde zum Verhör der Zeugen geschritten, welche über die bereits bekannten Thatfachen ausfragten. Einer von denselben, ein Beamter der Stadtverwaltung, fand am Tage vor dem Attentat in einem von Kardagi benutzten Schrank im Rathhause eine Dynamitbombe. (Erregung im Saale.) Der verwundete Kardagi sagt aus, die zweite Kugel habe seinen Kopf getroffen. Einige Zeugen versichern, Kardagi leide an Anfällen von Melancholie. Der Angeklagte Kardagi erklärt, er sei zu dem Verbrechen durch die Presse und die öffentliche Meinung verleitet worden, welche den König und die Politiker für die Reiben des Vaterlandes verantwortlich machten. Hätte das erste Verbrechen Erfolg gehabt, so hätte er Delirium geblieben mit der Bombe, die am Tage der That gefunden wurde. Die Prinzessin Marie hätte er nicht getödtet. Er habe auf eigene Rechnung gehandelt und gehöre keiner Vereinigung an. Giorgis giebt an, er habe in die Luft geschossen. Der Staatsanwalt beantragt gegen beide Angeklagten die Todesstrafe. Der Verteidiger beantragt, Kardagi für unzurechnungsfähig zu erklären; er sei durch die Presse zu seinem Verbrechen verleitet worden; sein Charakter müsse frei sein. Der Gerichtshof verurtheilt beide Angeklagten zum Tode. Beim Ausgang der Verhandlung entstand ein so großes Gedränge, daß das Marmorgeländer plöblich brach und mehrere Leute durch Sturz verwundet wurden. Es herrscht die Meinung, daß der König durch Gnadenakt die Todesstrafe in lebenslängliche Freiheitsstrafe umwandeln wird.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 1. April. Wegen Beschimpfung der deutschen Flagge ist gestern — Donnerstag — die 22jährige Töchterin des Neuen Olympiatheaters, Frau Dell Solbato, geb. Abda Colicotti, plöblich verhaftet worden. In dem Auslastungsstück „Konstantinopel“ finden im dritten Bild „Mit-Wein“ große sportliche Veranstaltung statt, während derer die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten, wie Engländer, Franzosen, Spanier, Italiener, Amerikaner, Deutsche miteinander kämpfen. Schon von Anfang der Sportkämpfe war es zwischen den einzelnen „Völkern“, besonders aber unter den Damen zu Meibereien gekommen, die nach und nach einen so heftigen Charakter annahmen, daß die Direktion des Neuen Olympiatheaters wiederholt vermittelnd eingreifen, so sogar einzelne heftigste Italienerinnen und Spanierinnen deshalb entlassen mußte. Ganz besonders trat der Haß zwischen Engländern, Italienern und Deutschen hervor und das anfänglich ganz harmlose Tanzen zwischen Damen dieser Nationalitäten gab mehrfach Veranlassung zu erbitterten Wortgefechten, die sich nach Beendigung des Sportkampfes in den Garderoben abspielten. An einem Abend der vorigen Woche nun soll Frau Solbato aus Wuth darüber, daß die Engländerinnen von den deutschen Mädchen befehigt wurden, die als Zeichen des Sieges geküßte Nationalflagge zerrissen haben. Die Direktion entließ die Dame sofort und auf Anträge einer der beleidigten Deutschen hin wurde Frau Solbato gestern früh in ihrer Wohnung in der Albrechtstraße verhaftet. Der Saite der Festnahme kommen hat sich nach im Laufe des Tages an den englischen Vorkämpfer gewandt, um die Freilassung zu erwirken. Das Polizeipräsidium hat jetzt das Tanzen auf der Bühne des Olympiatheaters bis auf Weiteres verboten.

— Oester- und Pfingstfahrten nach Italien. (Mittheilung.) Das Reisebureau Otto Erb in Jülich-Engel (Schweiz) arrangirt auf Ostern und Pfingsten Fahrten mit vollständiger Prima-Verpflegung nach Italien zu ganz außerordentlich billigen Preisen und zwar 6 und 7 tägige Fahrten bis Mailand zu 90 bis 130 Mark, 10 tägige bis Venedig zu 160 bis 190 Mark, 15 tägige bis Rom und Neapel zu 350 bis 400 Mark, 30 tägige Rundreisen durch ganz Italien zu 600 bis 700 Mark. In diesen Preisen sind Leitung, vollständige Prima-Verpflegung, Eintrittsgeld und Trinkgelder inbegriffen. Umfr. Generalprospekte mit näherem Programm der Oester- und Pfingstfahrten, sowie der 41 bis 42 jährigen Fahrten der gleichen Firma nach Italien, Riviera, Lugo, Geneser, Bernadiner, Berner Oberland, bairische Königsstädte, Salzammer-

gut, Wien, Gießenland, Türkei, Palästina und Ägypten sind gratis gegen Einsendung einer 10 Pf.-Marke für Frantur von Otto Erb in Walsdorf (Baden) zu beziehen.

Königsberg i. Pr., 30. März. Ueber ein recht eigentümliches Jagdabenteuer, an dem ein russischer Offizier einen nicht eben rühmlichen Antheil hatte, berichten ostpreussische Provinzialblätter: An einem mondernen Abend des Januars feierte der preussische Staatsangehörige, russische Domänenpächter Fuchs-Stardupary mit zwei Offizieren der Garnison Margampol von einem Jagdausflug zurück. In einem Jagdheide, in welchem Herr Fuchs als großer Jagdfreund einen Futterplatz für Jagdhühner angelegt hat, bemerkte man, das Jagdgewehr im Anschlag, einen Mann. Einem der Herren Offiziere gelang es, den Wilderer beim Munde zu erfassen. Der Mantel blieb in seiner Hand, während der Mann, ein russischer Grenadjier, in einem in der Nähe gehaltenen Schützen entwich. Der Offizier rief dem Flüchtling nach, stehen zu bleiben, doch vergebens, und auch die Drohung, ihn niederzuschießen, hatte den Erfolg, daß er selbst drohend einen Revolver emporhob. Um ein Blutvergießen zu vermeiden, ließ man von einer weiteren Verfolgung des Soldaten ab. In der sofort angeordneten Untersuchung wurde der schuldige Grenadjier ermittelt. Er gab an, das Jagdgewehr von seinem Korporaloffizier erhalten zu haben, mit dem Auftrage, für ihn zu wahren. Die Verletzung nach einem entlegenen Gebiete Russlands war die Strafe für den schuldigen Offizier. Der Soldat wurde zu einer zwölfjährigen Zwangsarbeit nach Sibirien geschickt.

Bankwesen.

Paris, 31. März. Bankausweis. Baarvorrath in Gold Franks 1 862 376 000, Abnahme 5 418 000. Baarvorrath in Silber Franks 1 218 090 000, Zunahme 1 290 000. Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 886 310 000, Zunahme 221 141 000. Notenumlauf Franks 8 832 848 000, Zunahme 134 084 000. Laufende Rechnung d. Priv. Franks 477 650 000, Zunahme 40 526 000. Guthaben des Staatskassas Franks 180 168 000, Zunahme 21 924 000. Gesamt-Vortheile Franks 369 903 000, Zunahme 3 314 000. Zins- und Diskont-Erträge Franks 5 471 000, Zunahme 466 000. Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 80,37 Prozent.

London, 31. März. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 21 662 000, Abnahme 1 853 000. Notenumlauf Pfd. Sterl. 27 602 000, Zunahme 927 000. Baarvorrath Pfd. Sterl. 32 464 000, Abnahme 927 000. Portefeuille Pfd. Sterl. 39 038 000, Zunahme 3 671 000. Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 36 813 000, Zunahme 1 811 000. Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 19 616 000, Abnahme 2000. Notenreserve Pfd. Sterl. 19 025 000, Abnahme 1 971 000. Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 14 209 000, unverändert. Progentverhältniß der Reserve zu den Passiven 3 1/2 gegen 43 in der Vorwoche. Clearinghouse-Umsatz 171 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 13 Millionen.

Zweiter Theaterbericht

von Wilh. Werner & Co., landwirthschaftliche Samenhandlung, Berlin, Chausseest. 3, vom 31. März 1898.

Die Nachfrage hat gegen die Vormoche kaum nachgelassen; werden auch die großen Bestellungen spärlicher, so machen doch die mittleren und kleineren Besteller dem Samenhandler noch arg zu schaffen. Dabei wird zuverlässige Waare wirklich knapp, namentlich in fast allen Klearten; unter den Vorräthen ist stark aufgeräumt und Erbsenwaare, die noch an den Markt kommt, ist bei hohen Forderungen meist von untergeordneter Qualität.

Serradella ist eher noch fester geworden, die Angebote werden immer seltener und so müssen sich diejenigen, die bisher an zurückgehaltene größere Bestände und ein allmähliches Sinken der Preise glaubten, bequemen, mehr anzulegen; der Artikel wird voraussichtlich noch theurer werden, da bis in den Juni hinein Bedarf ist.

Das Geschäft in Munkelrübenamen ist geradezu stürmisch zu nennen, die Nachfrage namentlich nach Gerdorfen ist eine ungewöhnlich starke und wird schwerlich ganz befriedigt werden. Der Konsument bewilligt heute gern die enormen Forderungen, wenn er nur Waare bekommt.

Auch in den meisten anderen Bedarfsartikeln räumen sich die Läger schlang. Belinchen, Saat-erbsen, Spörgel sind knapp und auch im Preise steigend.

Wir notiren und liefern saalfertig gereinigte Waare mit garantirter Reinheit und Keimkraft pro 50 Kilo: Nothke inländischer, frei von amerikanischem, französischem und italienischem Mehl, 39—49 Mark, amerikanischer, extrarfein 32—33, Weizke 37—38, schwedischer 46 bis 56, Weizenke 43—53, Weizenke 13—18, In-farnatke 19—21, echter Stiefke 18—19, Votharke 32—35, Esparfette, einjährige 16 bis 17, zweijährige 17—18; Luzerne, probencer 57—61, ungarische 52—56, norditalienische 47 bis 52; Thymothee, extrarfein inländischer 24—25, hochfein und fein 18 bis 22; englische Malgras, Originalsaat 13—15, deutsche, ganz reine Saat 12—13 1/2; italienisches Malgras, Originalsaat 15—16, deutsche 13—14 1/2; französisches Malgras 45—50; Anlaufgras 43 bis 49; Schafschwengel 22—25, Weizenfingel 25 bis 29; Serradella 1897er Ernte 13 1/2—14; Luzerne gelbe, blaue, weiße, Wicken, Weizen, Erbsen und Bohnen in bester Saatkraue zu jedesmaligem Tagespreise. Echter virginischer Pfefferbeagle-Saatmais 7—7 1/2 Mark.

Die Preise für Munkelrübenamen sind weiter um 2—5 Mark gegen die letzte Woche je nach der Sorte erhöht.

Der nächste Bericht erscheint der bevorstehenden Feiertage wegen bereits am Mittwoch, den 6. April.

Börsen-Berichte.

Erstlin, 1. April. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 762 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus pro 100 Liter + 100 Prozent 100 70er 47,60 bez.

Berlin, 1. April. In Getreide z. fanden keine Notirungen statt. Spiritus loco 70er amittich 48,10, loco 50er amittich 67,70.

London, 1. April. Wetter: Schön.

Berlin, 31. März. Schluss-Kourse.

Deutsch. Reichsbank 4%	108,70	Sonnenburg	—
do. do. 3 1/2%	108,70	Sonnenburg lang	—
do. do. 3%	108,30	Sonnenburg lang	—
Deutsche Reichsbank 3%	97,10	Sonnenburg lang	—
Reichsbank 3 1/2%	100,5	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 2 1/2%	100,80	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 2%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1 1/2%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/8%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/8%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/16%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/16%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/32%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/32%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/64%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/64%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/128%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/128%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/256%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/256%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/512%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/512%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1024%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1024%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2048%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2048%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4096%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4096%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/8192%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/8192%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/16384%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/16384%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/32768%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/32768%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/65536%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/65536%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/131072%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/131072%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/262144%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/262144%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/524288%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/524288%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1048576%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1048576%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2097152%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2097152%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4194304%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4194304%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/8388608%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/8388608%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/16777216%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/16777216%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/33554432%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/33554432%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/67108864%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/67108864%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/134217728%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/134217728%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/268435456%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/268435456%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/536870912%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/536870912%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1073741824%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1073741824%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2147483648%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2147483648%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4294967296%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4294967296%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/8589934592%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/8589934592%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/17179869184%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/17179869184%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/34359738368%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/34359738368%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/68719476736%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/68719476736%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/137438953472%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/137438953472%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/274877906944%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/274877906944%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/549755813888%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/549755813888%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1099511627776%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1099511627776%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2199023255552%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2199023255552%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4398046511104%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4398046511104%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/8796093022208%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/8796093022208%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/17592186044416%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/17592186044416%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/35184372088832%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/35184372088832%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/70368744177664%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/70368744177664%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/140737488355328%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/140737488355328%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/281474976710656%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/281474976710656%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/562949953421312%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/562949953421312%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1125899906842624%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1125899906842624%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2251799813685248%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2251799813685248%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4503599627370496%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4503599627370496%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/9007199254740992%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/9007199254740992%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/18014398509481984%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/18014398509481984%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/36028797018963968%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/36028797018963968%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/72057594037927936%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/72057594037927936%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/144115188075855872%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/144115188075855872%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/288230376151711744%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/288230376151711744%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/576460752303423488%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/576460752303423488%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/1152921504606846976%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/1152921504606846976%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/2305843009213693952%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/2305843009213693952%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 3/4611686018427387904%	99,25	Sonnenburg lang	—
do. Reichsbank 1/4611686018427387904%	99,25		